

**Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
Volker Kauder MdB**

**Volker Kauder** (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Lieber Peter Ramsauer! Was haben wir vor diesem Bundesparteitag nicht alles in unseren Zeitungen lesen und in den Medien hören müssen? Wir sind zu einem Bundesparteitag gefahren und wurden von Kommentaren wie diesen begleitet: Union uneinig, Steuerstreit, Kanzlerin und Delegierte unterschiedlicher Auffassung. – Nach dem gestrigen Tag können wir sagen: Es gibt eine gute Botschaft für unser Land. Wir, die Delegierten dieses 22. Bundesparteitages, haben all diesen öffentlichen Spekulationen ein Ende gesetzt. Fast 95 Prozent der Delegierten haben für Angela Merkel gestimmt. Die CDU Deutschlands steht hinter Angela Merkel, ihrer Parteivorsitzenden, und hinter der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Zweitens haben wir gestern auf diesem Bundesparteitag ein klares Programm für die nächsten Wochen und Monate beschlossen. Liebe Freundinnen und Freunde, warum ist das nicht nur für unsere Partei, sondern auch für unser Land eine gute Botschaft?

Die Menschen brauchen im Augenblick Vertrauen, dass die Bundesregierung, dass diejenigen, die politisch handeln, dass diejenigen, die Verantwortung haben, das Richtige tun. Dieses Vertrauen, dass das Richtige getan wird, haben die Bürgerinnen und Bürger doch nur in eine politische Kraft, die geschlossen auftritt, die weiß, was sie will. Von diesem Bundesparteitag geht die Botschaft aus: Die Union ist die geschlossene Kraft, auf die die Menschen sich in dieser schwierigen Zeit verlassen können.

(Beifall)

Diese Botschaft ist umso wichtiger, als wir einen Koalitionspartner haben, von dem man dies überhaupt nicht sagen kann. In den Reihen dieses Koalitionspartners gibt es weder Geschlossenheit noch können die Menschen diesem Koalitionspartner Vertrauen entgegenbringen. Liebe Freundinnen und Freunde, das wichtigste Kapital in der Politik ist Vertrauen. Vertrauen ist schnell verspielt und dann nur schwer wiederzugewinnen. Die SPD hat ihr Vertrauenskapital ziemlich verspielt. Dabei schauen wir natürlich zunächst einmal auf Hessen. Es geht mir überhaupt nicht darum, ob die SPD in Hessen mit der Linken koalieren will oder nicht. Das ist ein zweites Thema. Es geht ausschließlich darum, dass in einer Zeit, in der die Menschen Wert darauf legen müssen, dass Vertrauen herrscht, die SPD in Hessen Vertrauen mit Füßen getreten hat. Man kann nicht vor einer Wahl etwas versprechen und nachher das glatte Gegenteil tun. Zu einer solchen Partei kann man kein Vertrauen haben.

(Beifall)

Jetzt könnte man sagen: Okay, das ist ein Phänomen der SPD in Hessen. Deswegen interessiert das bundesweit gar nicht. Warum muss sich ein Bundespolitiker dann überhaupt mit der Frage der Vertrauenswürdigkeit eines Landesverbandes unseres Koalitionspartners auseinandersetzen? Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben aus der Führungsspitze der SPD in Berlin, wenn überhaupt, nur wachsweiße Erklärungen gehört.

Keiner ist Frau Ypsilanti wirklich in den Arm gefallen. Keiner hat gesagt, dass dies so nicht geht. Natürlich ist ein Landesverband selbständig. Aber ich hätte von denen, die die Führung der SPD jetzt neu übernommen haben, und vor allem von demjenigen, der Kanzlerkandidat wird, schon erwartet, dass er nicht nur ein klares

Wort dazu sagt, was er nicht tun wird, sondern dass das, was die SPD in Hessen gemacht hat, unanständig war. Kein Ton von der SPD aus Berlin!

(Beifall)

Wie kann man zu einer Partei Vertrauen haben, die zu denjenigen, die kritische Anmerkungen machen und mutig ihre Position vertreten, kein Vertrauen mehr hat, sondern sie aus der Partei rausschmeißen will? Ich kann nur sagen: Die SPD hat jedes Recht auf Kritik an anderen Parteien verloren, solange sie nicht bereit ist, die Kritiker in ihren eigenen Reihen zu akzeptieren. Statt sie rauszuschmeißen, müsste sich Müntefering vor diese Abgeordneten, vor diese Frauen stellen, die mutig ihre Meinung zur Wahrheit und zur Unwahrheit, zu Anstand und Unanständigkeit in der Politik gesagt haben.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, es kommt also wieder einmal auf die Union an. In allen schwierigen Situationen unseres Landes – fast als wenn es Schicksal wäre – war die Union gefordert. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als es um die Frage „Westorientierung - Ja oder Nein?“ und die Einbettung in Europa ging, war die Union gefordert. Als es um die Frage ging, welches Wirtschaftssystem wir in Deutschland aufbauen wollen – Soziale Marktwirtschaft oder gelenkte Planwirtschaft – war die Union gefordert. Die Union war deswegen immer auf dem richtigen Weg, weil sie einen Kompass hatte und nicht einfach beliebig dahergeredet hat, sondern weil sie gewusst hat, was sie leitet und was sie lenkt.

Im nächsten Jahr feiern wir 20 Jahre Deutsche Einheit und 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Wieder war es die Union. Ohne die Union hätte es die deutsche Einheit so nicht gegeben. Wie sind wir dafür belächelt worden, dass wir über Jahrzehnte hinweg gesagt haben: Wir glauben daran, dass Deutschland wiedervereinigt wird,

und wir wollen die Einheit in Freiheit. Wir wollen, dass Deutschland zusammengehört.

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD hat schon längst die Staatsbürgerschaft aufgegeben. Sie hat schon längst herumgehöhnt, wir würden unsere Geschichte nicht mehr ernst nehmen; es gebe zwei getrennte Staaten. Wenn es die Union nicht gegeben hätte, dann hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben. Gut, dass die Union damals regiert hat, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Auch heute kann man wieder sagen: Auch in der schwierigen Situation dieser Finanzkrise, die sich nun auf die Wirtschaft auszuwirken beginnt, ist es gut, dass die Union regiert. Warum? Weil die Union auch in dieser Situation einen klaren Kurs hat. Wir wissen, dass wir jetzt in dieser Situation vonseiten des Staates helfen müssen. Die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin hat mit dem Programm zur Unterstützung und Stützung der Banken rasch gehandelt.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass es nicht darum ging, Banker und Banken zu stützen, sondern dass es darum gegangen ist, die Spareinlagen und Kreditmöglichkeiten für unsere Wirtschaft abzusichern. Die Bundesregierung hat danach in einem zweiten Paket zusammen mit der Koalition schnell gehandelt, um etwas auf den Weg zu bringen und im nächsten Jahr Konjunktur und Wirtschaft zu stützen.

Jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, gibt es auf der anderen Seite Kolleginnen und Kollegen – vor allem aus der SPD –, die glauben, jetzt sei die Stunde angebrochen,

dass man nicht genug Staat fordern könne und dass der Staat immer mehr an Verantwortung übernehmen müsse. Ich sage Ihnen: Wer den richtigen Kompass hat wie wir – nämlich die Soziale Marktwirtschaft – der weiß ganz genau, dass der Staat nicht der bessere Banker – das zeigt ein Blick auf die Landesbanken – und nicht der bessere Manager ist.

Wir können als Staat jetzt nicht den Eindruck erwecken, wir könnten alles – der allumfassende mächtige Staat greift jetzt in alle Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ein –, sondern wir wissen ganz genau, dass wir auch in dieser schwierigen Finanzkrise Rahmenbedingungen zu setzen haben, aber nicht alles mit dem Staat abdecken können. Auch dabei helfen uns jetzt wieder unsere Überzeugungen.

Liebe Freundinnen und Freunde, eines unserer zentralen Themen – Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes – heißt, dass der Mensch zur Freiheit und nicht zur Gängelung durch den Staat berufen ist. Dies gilt auch jetzt in der konkreten Situation. Deswegen ist es richtig, dass wir konkret, schnell, zielgenau, aber auch zeitlich begrenzt helfen, nicht, dass wir jetzt auf einen starken, allumfassenden Staat bauen, sondern dass der Staat dort stark hilft, wo er seine Aufgabe hat. Dies bedeutet, dass wir auch in dieser Situation unsere Grundsätze nicht über Bord werfen dürfen.

Soziale Marktwirtschaft hat uns zu Wohlstand geführt, und Soziale Marktwirtschaft wird uns auch in Zukunft zum Wohlstand führen. Deswegen müssen wir ganz genau überlegen, was wir in dieser konkreten Situation tun. Ich habe schon manchmal große Sorgen, wenn ich höre, was uns immer wieder an großartigen Milliardenprogrammen abgefordert wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, es gilt die brutale Erkenntnis – auch jetzt in dieser Krise –, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Deswegen hat

gerade die Union darauf zu achten, dass das Geld sehr zielgenau ausgegeben wird und dass nicht einfach wild herumoperiert wird, Milliarde um Milliarde. Denn das muss eines Tages jemand bezahlen. Es ist die junge Generation, die das bezahlen muss.

Ja, wir unterstützen konkrete Maßnahmen, aber wir dürfen bei allem, was wir jetzt machen, ein typisches Markenzeichen der Union nicht aus den Augen verlieren. Ein typisches Markenzeichen der Union heißt: Dort, wo die Union regiert, wird mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger anständig umgegangen. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir Haushalte in Ordnung bringen statt in Unordnung.

Immer dort, wo wir Regierungen – in den Ländern und im Bund – von Rot-Grün übernommen haben, haben wir als erstes den Haushalt sanieren müssen. Das war in allen Ländern so und auch auf Bundesebene. Deswegen muss solide Haushaltspolitik ein Markenzeichen von uns bleiben. Das gelingt auch. Wir verlieren das Ziel nicht aus den Augen, sondern wir können es in der nächsten Legislaturperiode erreichen. Deshalb muss sehr genau überlegt werden, was wir tun, um in der konkreten Situation zu helfen.

Eine zweite Botschaft oder ein zweiter Kompass ist für uns notwendig. Alles, was wir jetzt in dieser Krise machen, muss dazu führen, dass wir gestärkt aus der Krise herausgehen. Deswegen müssen wir überall dort etwas tun, wo wirklicher Bedarf ist, damit wir stärker werden und gestärkt aus der Krise herauskommen. Deswegen ist es richtig, wenn wir dort investieren, wo wir – auch wegen der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre – Nachholbedarf haben: Das ist in der Infrastruktur.

Wir haben sowohl in den neuen als auch vor allem in den alten Ländern einen erheblichen Bedarf am Ausbau der Infrastruktur von Straßen.

(Vereinzelt Beifall)

Das muss nun energisch in Angriff genommen werden.

Die Bundeskanzlerin hat zu Recht den Ausbau des schnellen Internets genannt, was für junge Unternehmen im ländlichen Raum von großer Bedeutung ist. Ich nenne ein weiteres Thema: Wenn wir gestärkt aus der Krise herauskommen wollen – und das müssen wir –, müssen wir neben der Hardware, die ich genannt habe, auch in Bildung investieren. Alles, was wir jetzt in Bildungschancen für die junge Generation stecken, macht uns nach der Krise stärker, auch im Wettbewerb mit den aufstrebenden Nationen in Asien und Amerika.

(Beifall)

Deswegen sind Investitionen in Bildung so viel wert wie Investitionen in Straßen und in schnelle Internetverbindungen.

(Beifall)

Wenn wir uns im Januar in der Koalition erneut treffen, um über die Frage zu sprechen, was in einer weiteren Stufe zur Abstützung der Konjunktur noch getan werden muss, werden die Investitionen in Bildung, in Schulgebäudesanierung, in Krankenhäuser und in vieles andere mehr eine Rolle spielen. All diese Maßnahmen wirken schnell und sichern Arbeitsplätze vor Ort.

Die Unionsfraktion wird diese Maßnahmen unterstützen. Ich bin deswegen dankbar, dass heute mein Erster Stellvertreter, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Peter Ramsauer, anwesend ist. Mit ihm verbindet mich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Da mag es manche Diskussionen zwischen CDU

und CSU geben. Aber ich sage Ihnen: In der gemeinsamen Bundestagsfraktion funktioniert es; wir arbeiten gut zusammen. Herzlich willkommen, lieber Peter Ramsauer, auf unserem Parteitag in Stuttgart!

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wenn wir heute in dieser schwierigen Situation uns über den Kurs der Union unterhalten, spielt natürlich nicht nur die Wirtschaft eine Rolle. Es geht um mehr. Es geht auch um die Frage: Habt Ihr eine Vorstellung und eine Vision von dem, was nach der nächsten Bundestagswahl in unserem Land geschehen soll? Da kann ich nur sagen: Ja, wir haben eine Vorstellung. Wir wollen ein Land, in dem die Menschen Aufstiegschancen haben – vor allem die junge Generation. Wir wollen ein Land, in dem sich die Leute etwas zutrauen. Wir wollen ein Land, in dem die Bürgerinnen und Bürger Perspektiven entwickeln können. Dies geschieht nur, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten zur Entfaltung geben, wenn wir also gemäß unserem Menschenbild Vertrauen in die Menschen haben.

Da kann ich Ihnen nur sagen: Das wird besser mit einer anderen Koalition gelingen als mit der SPD. Seit wir mit der SPD regieren, schauen wir etwas tiefer in manche Dinge hinein und sehen die Unterschiede. Ich nenne Ihnen einige Beispiele. Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt für uns, dass wir den Leuten ideologisch nichts vorschreiben, sondern dass wir ihnen ein Angebot machen. Deswegen hat in der Familienpolitik von Ursula von der Leyen immer die Wahlfreiheit gegolten. Wahlfreiheit ist möglich, wenn die Eltern wählen können. Deswegen ist es richtig, wenn wir sagen: Wir bauen die Ganztags schulbetreuung aus. Aber es ist überhaupt nicht richtig, wenn Sozialdemokraten sagen: Wir wollen nicht das Kindergeld erhöhen; wir wollen nicht mehr Geld in die Hände der Eltern geben; wir wollen das Geld eher in Einrichtungen stecken. – Das entspricht nicht unserem Menschenbild. Wir wollen die Wahlfreiheit. Dazu gehört das Angebot von



Ganztagsbetreuungsplätzen. Dazu gehört aber auch der Respekt vor denjenigen Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen und erziehen.

(Beifall)

Es gilt aber nicht der dümmliche Satz von Sozialdemokraten: Eltern kann man kein Geld in die Hand geben; denn sie kaufen Flachbildschirme oder versaufen das Geld. – Das ist nicht unsere Wahrnehmung von den Familien in unserem Land, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt natürlich auch, dass wir weniger Bürokratie und weniger staatliche Lenkung wollen. Wir wollen, dass die Menschen dort, wo sie ihre Entscheidungen selber treffen können, dies auch tun. Dies heißt: Stärkung der örtlichen Einrichtungen und nicht Schwächung, keine Zentralisierung, sondern Wettbewerb.

Überall sehe ich bei den Sozialdemokraten nur den Wunsch nach Zentralisierung. Die Gesundheitsministerin hat den Wunsch, dass es nur eine einzige Krankenkasse gibt, möglichst völlig abhängig vom Bundesgesundheitsministerium und von ihren Entscheidungen. Dazu kann ich nur sagen: Das ist nicht die Politik, die wir uns vorstellen. Wir wollen Wettbewerb in der Gesundheitsfürsorge; wir wollen darum kämpfen, dass es unterschiedliche Modelle gibt, sodass man sehen kann, wer es besser macht.

In der Bildungspolitik erlebe ich nur Sozialdemokraten, die aufgrund eines völlig anderen Menschenbildes als das unserige zu anderen Überzeugungen kommen. Wir wissen, dass die Menschen unterschiedlich sind. Wir wissen, dass die Kinder

unterschiedliche Anlagen und Talente haben. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, ist es doch völlig richtig, zu sagen: Wir wollen mit einem gegliederten Schulsystem auf die Herausforderungen von Erziehung und Bildung antworten. Bei der SPD höre ich immer nur den lapidaren Satz: Einheitsschule, Einheitsschule. Das ist nicht unsere Position. Mit der Einheitsschule wird man der besonderen Situation von Kindern in den jeweiligen Altersstufen nicht gerecht. Wir wollen den Wettbewerb im Föderalismus haben und schauen, welches System sich als besser erweist.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, was ist eigentlich besser: die Einheitsschule oder die Herausforderung durch neue Bundesländer, die zeigen, dass sie es besser können als andere? Da kann ich nur sagen: Hätten wir die Einheitsschule, hätten wir Mittelmaß. Wir sind aber nicht für Mittelmaß, sondern wir sind für gute Leistungen. Dies geschieht nur durch Wettbewerb im Föderalismus. Da fordere ich die Länder auf, ihre Aufgabe gerade in der Bildung ernst zu nehmen und diesen Wettbewerb anzunehmen, damit wir gestärkt aus der Krise kommen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt, dass wir den Menschen Sicherheit geben. Dies umfasst nicht nur die Sicherheit, in einer Gemeinschaft zu leben, die sich ihrer sozialen Anliegen annimmt und Grundrisiken abdeckt. Es geht auch um Sicherheit vor Gewalttaten und Gefahren. Ich bin froh und dankbar dafür, dass wir mit Wolfgang Schäuble einen Innenminister haben, der diese Herausforderungen realistisch sieht. Die Union macht doch keine Sicherheitspolitik, um Menschen zu bedrängen. Wir machen eine Sicherheitspolitik, um Gefahren abzuwenden.

Ich kann mich nur wundern: Was ist das für eine Haltung unseres Koalitionspartners? Nach Monaten des Streites und der Diskussion haben wir uns darauf geeinigt, dass der Bund mit dem BKA-Gesetz die neue Kompetenz bei der Bekämpfung des Terrorismus durch entsprechende Handlungsmöglichkeiten bekommt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck hat sich vor die Öffentlichkeit gestellt und gesagt: Das ist ein gutes Gesetz. Dann ist die ganze Führungsmannschaft der SPD nach Sachsen gereist, wo die SPD gerade einmal 10 Prozent erreicht hat. Dort trat ein Juso-Vorsitzender auf, der wahrscheinlich nicht einmal 2 Prozent Zustimmung erhalten hat. Dieser sagte dann: Das BKA-Gesetz machen wir nicht! Die ganze Führungsgruppe der SPD rief daraufhin nicht „Buh!“ und sagte auch nicht, dass das Gesetz durchgebracht werden muss. Sie sagten stattdessen nur, dass man darüber diskutieren muss.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben nun einmal die SPD als Koalitionspartner. Aber es ist ein jämmerliches Bild, das die SPD bei der inneren Sicherheit in unserem Land abgibt.

(Beifall)

Jetzt darauf zu verweisen, dass die von der FDP mitgetragenen Koalitionen beim BKA-Gesetz auch nicht mitmachen können, ist eher schwächlich bzw. dümmlich. Wir haben mit den Großen Koalitionen und unseren Alleinregierungen eine Mehrheit im Bundesrat, um das Gesetz zu verabschieden. Deswegen rufe ich den Sozis in Berlin zu: Ihr habt kein Recht, Euch irgendwo zu verstecken! Ihr müsst jetzt dafür sorgen, dass dieses Gesetz, das im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger so dringend notwendig ist, im Bundesrat verabschiedet wird! Auf geht's, Sozialdemokraten! Wir brauchen die Sicherheit in unserem Land und nicht Eure parteipolitische Taktik!

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt auch, dass wir den Schutz des Lebens ernst nehmen müssen.

Da gibt es keine Gruppierung im Deutschen Bundestag, die den Schutz des Lebens so ernst nimmt wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das kann man sich dann wie durch ein Brennglas an einzelnen Punkten immer ganz genau anschauen, und ein solches Thema ist die Spätabtreibung. Die Spätabtreibung ist kein Vorgang von Tausenden, es ist ein Vorgang von Hunderten von Abtreibungen und ist trotzdem von elementarer Bedeutung. Es geht nämlich darum – ausschließlich darum! –, ob es in deutschen Krankenhäusern und Kliniken einen Automatismus gibt: Feststellung einer Behinderung und dann automatisch Abtreibung. Wir als Union wollen auch da nicht befehlen oder anordnen, sondern wir wollen nur sagen: Es muss die Möglichkeit geben, dass sich die jungen Familien ein paar Tage beraten, mit der Situation fertig werden und dabei Anspruch auf Beratung haben. Die Entscheidung, die sie dann treffen, akzeptieren wir auch. Das ist auch mit Ärzten und Kirchen abgestimmt.

In einer solchen Situation kommt die SPD und sagt: Da machen wir nicht mit, wir wollen nur eine Empfehlung, wir wollen keine gesetzliche Festschreibung von Fristen und anderem mehr. – Dazu kann ich nur sagen: Wir wollen den Familien und den Frauen einen Anspruch auf Beratung und Betreuung geben, nicht aber den schnoddrigen Satz: Sie erwarten ein behindertes Kind, die Abtreibung kann morgen durchgeführt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wer eine solche minimale Regelung, wie wir sie jetzt vorschlagen, eine Regelung, die sinnvoll ist, nicht mitmachen kann wie die SPD, der hat kein Recht mehr, von sich zu behaupten, er stehe im Deutschen Bundestag für den Lebensschutz.

(Beifall)

Der Schutz des Lebens am Beginn des Lebens und der Schutz des Lebens am Ende des Lebens gehören zusammen. Die Bundeskanzlerin hat gesagt, wir werden keine Tötung auf Verlangen zulassen. Ich sage Ihnen, wir diskutieren demnächst im Deutschen Bundestag über die Frage des Patiententestaments: Was kann geschehen und was nicht? Das ist eine sehr schwierige Frage. Was ich von der SPD zu diesem Thema höre, überzeugt mich nicht. Ich kann nur sagen, unsere Position, die der Parteien CDU und CSU, aber auch die der Fraktion, kann doch nur eine einzige Position sein, und die heißt: Wir wollen den Menschen beim Sterben helfen, wir wollen sie beim Sterben begleiten, aber mit uns, liebe Freundinnen und Freunde, wird es nie Hilfe zum Sterben geben. Das verbietet unser Bild vom selbstbestimmten Menschen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Große Koalition hat in drei Jahren – das wird man so sagen dürfen – einiges erreicht. Keiner von uns hätte gedacht, dass so viel hinzukriegen ist. Dass wir so erfolgreich waren, ist auch die Voraussetzung dafür, dass wir jetzt besser handeln können, als wir noch vor drei oder vier Jahren handeln konnten. Hätten wir noch die Daten, die wir damals, 2005, hatten, als wir die Regierung übernommen haben, sähe es in unserem Land sehr viel problematischer und schwieriger aus. Liebe Freundinnen und Freunde, es hat sich der Weg in den letzten drei Jahren also gelohnt, und er hat sich vor allem deshalb gelohnt, weil wir als Union der wichtige, der stabilisierende Teil der Regierung in Berlin waren.

Im nächsten Jahr gehen wir nun in eine Bundestagswahl. Wir werden natürlich versuchen, alles daranzusetzen, dass wir bei dieser Bundestagswahl die starke, die stärkste politische Kraft werden. Aber ich glaube, wir müssen nicht nur sagen, dass wir die stärkste politische Kraft werden wollen, sondern wir müssen auch sagen, wie

wir uns das vorstellen. Denn bei allem Optimismus, den ich als Mitglied dieser wunderschönen CDU verbreiten darf und kann, werden wir, so glaube ich, die absolute Mehrheit im nächsten Jahr leider nicht erreichen, so gut das für unser Land auch wäre. Dies wird nicht zu erreichen sein, und deswegen sage ich – nicht nur so dahingeredet, sondern mit ganzer Leidenschaft –: Ich war Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg, als wir hier in einer Großen Koalition waren. Das war nicht einfach. Viele Diskussionen, die ich in Berlin mitgemacht habe – Stichwort: zu wenig Union, zu viel SPD –, habe ich auch in Baden-Württemberg durchstehen müssen. Aber ich sage Ihnen, wir sind aus der Großen Koalition mit einem Arbeitsbegriff herausgekommen, den ich auch für diese Koalition verwende. Da haben wir alle Chancen, und die These muss – wir erleben ja jetzt, wie sich die SPD gerade aufgestellt hat – für 2009 heißen: raus aus der Großen Koalition im Jahre 2009, rein in die Stabilität, rein in eine zweite Regierung Angela Merkel, CDU/CSU mit der FDP, keine Fortsetzung der Großen Koalition, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Damit entwickeln wir auch die Perspektiven, die notwendig sind, um im zweiten Jahrzehnt neue Chancen zu eröffnen. Wir werden mit der FDP eine Politik für Wirtschaft und Wachstum machen, für soziale Gerechtigkeit. Wir können dann das umsetzen, was gestern beschlossen worden ist, nämlich eine strukturelle Steuerreform, die den Menschen mehr von dem lässt, was sie sich erwirtschaften. Voraussetzung dafür ist auch, dass wir eine auf Wirtschaft, auf Wachstum angelegte Politik machen können. Denn alles, was wir über Steuerpolitik reden, ist recht und gut, aber das Erste, was wir tun müssen, ist, zusammen mit der Wirtschaft Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Das ist das ganze Geheimnis zur Bekämpfung von Armut und zur Schaffung von Wohlstand.

(Beifall)

Deshalb bleibt der Satz auch heute, in schwieriger Situation, richtig: Sozial gerecht ist, was Arbeit schafft. Deswegen müssen wir in dieser konkreten Situation jetzt auch alles tun, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Bemühungen darum zu unterstützen.

Liebe Freundinnen und Freunde, es war schon immer der falsche Ansatz von Sozialdemokraten, nur den Status abzusichern: Alles soll so bleiben, wie es ist. – Unsere Position ist eine andere. Es ist mit dem Menschenbild der Union nicht vereinbar, Menschen dauerhaft in Abhängigkeit von Sozialämtern und Hartz-IV-Ämtern zu halten. Das hat mit Würde nichts zu tun. Wir wollen, dass die Leute ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Deswegen: Arbeit schaffen, raus aus Hartz IV, raus aus der Sozialhilfe, Aufstiegsmöglichkeiten schaffen, das ist die Position der Union, die wir auch in einer Koalition mit der FDP stark voranbringen wollen. Nicht bloß den Status absichern, sondern Aufstiegschancen geben, Hoffnung und Perspektiven, das ist das Menschenbild der Union!

(Beifall)

Diese Perspektive wollen wir entwickeln, und ich glaube, dass wir mit diesem Bundesparteitag dafür auch gute Voraussetzungen geschaffen haben.

Wenn ich mir die SPD anschau, erlebe ich eine nicht nur in Hessen total verunsicherte und irritierte Partei. Dort versucht der Spitzenkandidat nun zu sagen, welche Fehler Frau Ypsilanti gemacht hat. Ich kann nur sagen, das ist alles Unsinn, alles Quark. Er hat die Verantwortung übernommen, er kandidiert jetzt, Frau Ypsilanti zieht hinten die Fäden, er hat überhaupt nichts zu bestimmen. Es ist in der SPD überall so: Ungeklärte Führungsfragen führen dazu, dass diese Partei nicht handlungsfähig ist.

Wenn wir nach Berlin schauen, ist es doch genauso. In den letzten Wochen hatte man den Eindruck, dass der Bundesfinanzminister die entscheidende Figur ist. Der

neue Parteivorsitzende und der Kanzlerkandidat kamen überhaupt nicht vor. Deswegen hat ja der Kanzlerkandidat, der Außenminister, geglaubt, er müsse im Außenministerium auch mal Betriebsrätepolitik machen. Das kann man alles machen, aber es überzeugt die Menschen nicht. Die Menschen, die Leute, die Bürgerinnen und Bürger werden nur von klaren Perspektiven überzeugt, die wir ihnen anzubieten haben, und das heißt, auch in der nächsten Legislaturperiode sind die Arbeitsplätze das zentrale Thema.

Ich glaube, wir als Union haben allen Grund, zu schauen: Was hat sich in der Wirtschaft, in der Bankenwelt falsch entwickelt? Was müssen wir da ändern? Was kann geändert werden? – Wir dürfen nicht populistisch irgendwelchen Themen nachrennen, sondern müssen sehr genau überlegen: Was macht Sinn, was kann geändert werden?

Ich glaube, ein entscheidendes Thema, auf das wir Wert legen müssen, heißt: Wir müssen diejenigen, die in den Unternehmen als Manager oder als Banker Verantwortung tragen, wieder dazu bringen, dass sie nicht den kurzfristigen Erfolg in Bezug auf ihr eigenes Gehalt, ihr eigenes Bankkonto im Auge haben, sondern den langfristigen Erfolg ihrer Bank bzw. ihrer Firma.

(Beifall)

Deswegen müssen alle provisionsgetriebenen Gehaltsstrukturen überprüft werden. Mir haben junge Banker gesagt, dass ab September in London nichts anderes mehr gemacht wurde, als den eigenen Bonus nach oben zu treiben. Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Das System ist irr. Ein solches System wollen wir nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass solche Strukturen, die nicht denen gerecht werden, die Geld bei der Bank anlegen, sondern denen, die eine Provision bekommen, wenn sie einen entsprechenden Rat gegeben haben, geändert werden. Ein gutes Grundgehalt und ein bisschen Antrieb, aber nicht ein kleines Grundgehalt



und nur Antrieb – das führt uns in die Irre; denn es führt dazu, seinen eigenen Erfolg zu maximieren, nicht aber den Erfolg des Instituts bzw. Unternehmens.

(Beifall)

Das ist das eine, liebe Freundinnen und liebe Freunde. Wir als Union müssen aber auch das andere nennen: Wir haben in dieser Krise, in der Finanzmarktkrise und angesichts dessen, was sich in der Wirtschaft abzeichnet, unglaubliches Glück. Wir haben unglaubliches Glück nicht nur, weil gewollt war, dass die Union in dieser schwierigen Phase regiert – das ist auch Glück –, sondern auch, weil wir eine besonnen reagierende Bevölkerung haben, die nicht in Panik ausbricht, sondern weiß, dass wir in einem Land mit guten Strukturen leben. Wir haben auch unglaubliches Glück, dass das Rückgrat unserer deutschen Wirtschaft der Mittelstand ist, das Handwerk, die Familienunternehmen. Ich finde, wir können von einem solchen Parteitag aus schon einmal sagen: Wir sind unseren Familienbetrieben, unseren Handwerksbetrieben, unseren mittelständischen Betrieben außerordentlich dankbar, dass sie auch in dieser schwierigen Zeit zu ihren Arbeitskräften stehen, dass sie ihr Unternehmen im Blick haben, dass viele nicht schauen, wie sie ihren eigenen Gewinn maximieren können, sondern dass sie überlegen, wie sie ihre Firma durch diese schwierige Zeit bringen. Denen sagen wir: Für euch, die mittelständischen Familienbetriebe, sind wir da. Euch unterstützen wir, damit ihr diese schwierige Zeit überwinden könnt, weil wir euch auch in Zukunft für die Wirtschaft in unserem Land brauchen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich bin sicher, dass wir mit diesem Parteitag, mit den Personal- und Sachentscheidungen, die wir getroffen haben, gestärkt in das nächste Jahr gehen, dass wir mit diesem Parteitag das Signal gesetzt haben: Jawohl, die Union will es im nächsten Jahr wissen. Sie hat das richtige Personal. Sie

hat die richtige Kanzlerin, die richtige Spitzenkandidatin. Sie hat das richtige inhaltliche Konzept. Sie weiß, was in dieser schwierigen Zeit zu tun ist. Auf die Union wird es im nächsten Jahr ankommen. Ich kann den Sozialdemokraten deshalb nur zurufen: Macht eure Sticheleien gegen die CDU, die CSU und die Kanzlerin! Ihr habt kein Vertrauen bei der Bevölkerung in diesem Land. Wir sind gut gerüstet. Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern sagen, wie wir uns dieses Land im zweiten Jahrzehnt vorstellen: Chancen für Aufstieg, soziale Gerechtigkeit, das Land modernisieren. Auf die Union kommt's an, nicht auf die vorgestrigen, altbackenen Sozialdemokraten, die weder das richtige Personal noch das richtige Programm haben. Die Union ist die Partei, die Kraft, die auch das nächste Jahrzehnt gestalten wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir, die wir in Führungsverantwortung sind, setzen alle auf Sie, weil wir wissen: Ohne unsere Kreisverbände, ohne unsere Ortsverbände, ohne die Mitgliederinnen und Mitglieder können wir überhaupt nichts. Aber mit Ihnen können wir im nächsten Jahr viel. Wir können so viel, dass wir im nächsten Jahr eine zweite Regierung Merkel in einer neuen Koalition, einer Koalition von neuen Chancen, bilden können – für neue Perspektiven in unserem Vaterland. Auf geht's, liebe Freundinnen und Freunde. Jetzt ist unser Einsatz gefragt. Die Sozis sollen sich warm anziehen. Wir sind gerüstet.

(Anhaltender Beifall)